

**BASEL** 21. Mai 2021

## Ruhige Strasse, empörtes Netz

Der Krieg zwischen der Hamas und Israel bewegt – am Samstag die Pro-Palästina-Kundgebung auf dem Basler Barfüsserplatz und am Montag die christliche Mahnwache für Israel auf dem Marktplatz in Basel.

### **Der eskalierende Konflikt zwischen Israeli und Palästinensern im Nahen Osten hat Auswirkungen auf die Juden in der Schweiz – eine Einordnung.**

Die Meldung sorgte für grosse Verunsicherung: Am vergangenen Freitag verschickte die Israelische Gemeinde Basel (IGB) einen «Sicherheitshinweis» via Newsletter an alle ihre Mitglieder. Darin hiess es: «Als Reaktion auf die derzeitige Situation in Israel kommt es heute Abend sowie Samstag ab 15 Uhr rund um den Barfüsserplatz zu Demonstrationen gegen Israel. Aus Sicherheitsgründen möchten wir Sie bitten, die Orte zu den genannten Zeitpunkten grossräumig zu meiden. Die Sicherheit der IGB steht in ständigem Kontakt mit der Kantonspolizei und leitet ggf. nötige Massnahmen ein.» Diese Zeilen erregten Aufsehen, nicht nur in den Schweizer Medien, sondern auch in sozialen Netzwerken. So war zu lesen, dass die Israelitische Gemeinde «alarmiert» sei und die jüdischen Menschen «Angst haben» müssten. Es stellte sich die Frage: Können sich Jüdinnen und Juden in der Basler Innenstadt überhaupt noch sicher fühlen?



## **Keine nennenswerten Vorkommnisse**

Anders als befürchtet verliefen die beiden Demonstrationen auch aus Sicht der Basler Polizei und verschiedener jüdischer Besucher friedlich. Auf die Frage, ob die Sicherheitswarnung der IGB in Absprache mit der Polizei des Kantons Basel-Stadt herausgegeben wurde und ob es eine begründete Annahme gab, dass es für Jüdinnen und Juden in der Stadt gefährlich sein könnte, sagt Martin R. Schütz, Leiter Kommunikation und Mediensprecher des Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, klar: «Nein.» Wie es zu der Sicherheitswarnung seitens der IGB kam, hat IGB-Präsident Emmanuel Ullmann bisher gegenüber tachles trotz Nachfrage nicht kommuniziert. Schütz erklärt, dass die spontane Kundgebung wegen des Konflikts im Nahen Osten vom Freitagabend aus Sicht der Kantonspolizei Basel-Stadt «ohne nennenswerte Vorkommnisse abgelaufen» sei. Entlang der Route – vom Barfüsserplatz über die Mittlere Brücke zum Claraplatz und von dort zur Dreirosenanlage – seien keine Sachbeschädigungen festgestellt worden. Behindert habe der Umzug allerdings den Verkehr. «Auch die Standkundgebung vom Samstagnachmittag verlief ohne gröbere Vorkommnisse. Am Rande der Kundgebung hat die Polizei eine Situation deeskaliert, ausgelöst durch eine Person in einer schwierigen Lebenssituation», so Schütz. Auf die Frage, weshalb die Demonstrationen toleriert wurden, wenn sie nicht bewilligt waren, sagt Schütz: «Beide Kundgebungen bezogen sich auf eine akute Aktualität und hatten daher den Charakter einer Spontankundgebung.»

## **Auf Unsicherheit folgt Unterstützung**

Von sich reden machte ein Ereignis, das anschliessend viral ging und im Internet wie auch in Medien grosse Aufmerksamkeit erfuhr: So wurde eine Frau mit Israel-Fahne auf dem Barfüsserplatz von ein paar Jugendlichen verfolgt – diese wurden aber sofort aus den eigenen Reihen zurückgerufen und in ein Gespräch involviert, wie mehrere Zeugen berichten. Die anschliessend teilweise überspitzte Medienberichterstattung sorgte für Unsicherheit, ferner bereiteten zwei weitere Ereignisse in Basel Sorge: Am Samstagabend wurde in der Grossen Synagoge an der Leimenstrasse ein Sicherheitsalarm ausgelöst, da sich auf dem Areal verdächtige Personen befanden. Die rund 40 Besucher warteten rund 15 Minuten im Gebäude, bis die Polizei Entwarnung geben konnte. Eine weitere Meldung über einen angeblichen «tätlichen Übergriff» bei der Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft Basel erwies sich schliesslich als falsches Gerücht. Basel lässt sich glücklicherweise also nicht mit Gelsenkirchen, Berlin oder anderen deutschen Städten vergleichen, wobei die Geschehnisse im Nachbarland mit Sicherheit zu einer grösseren Verunsicherung geführt haben. Als Reaktion auf die Pro-Palästina-Kundgebungen



versammelten sich am Montagabend rund 150 Menschen auf dem Marktplatz. Organisiert wurde die Kundgebung von Judith Langloh Israel, Mitglied der evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt. Dieser Anlass ging friedlich vonstatten.

### **Regierung soll Stellung beziehen**

Die Meldungen über die augenscheinlich gefährliche Situation für jüdische Menschen der Stadt Basel liess auch Politiker aufhorchen. So forderte Luca Urgese, Grossrat der Basler FDP, die Regierung mit seiner «Interpellation betreffend Sicherheit der jüdischen Bevölkerung in Basel» diese Woche dazu auf, deutlich zu machen, wie sie den Basler Juden weiterhin ein «sicheres und würdiges Dasein» ermögliche. Dies auch, da sein Ratskollege Pascal Messerli (SVP) in den sozialen Medien heftig angegangen wurde, weil er sich im Vorfeld der Demonstrationen vom Wochenende für Nulltoleranz gegen Judenhass ausgesprochen hatte. Luca Urgese sagt: «Ich beobachte im Zusammenhang mit den aktuellen Geschehnissen im Nahen Osten, dass das auch in der Schweiz und bei uns in Basel Spuren hinterlässt.» Ausschlaggebend war neben den angekündigten Demonstrationen auch die damit zusammenhängende E-Mail der IGB, die ihn «alarmierte». Der Grossrat, der selbst nicht an den Demonstrationen war, sagt: «Auch wenn die Polizei die Situation als nicht gefährlich beurteilt, zeigt ein solches Mail, wie verunsichert die jüdische Gemeinschaft ist. In dieser Situation ist es mir wichtig, ein Zeichen zu setzen und eine Grenze zu ziehen.» Jegliche Attacken gegen Jüdinnen und Juden – ob verbal oder gar physisch – müssten unterbunden werden, denn sie seien nicht Teil einer legitimen Israelkritik, sondern klar antisemitisch motiviert. «Dass die IGB ihre Mitglieder vor einem Besuch der Innenstadt warnt, zeigt, dass die Befürchtung vor solchen Attacken vorhanden ist», so Urgese. Der Blick auf Deutschland und London beispielsweise verdeutliche zudem, wie sich die emotionale Diskussion um den Nahostkonflikt im schlimmsten Fall entladen kann – mit Angriffen auf Synagogen und Demonstrationen mit antisemitischen Parolen. «So weit darf es bei uns nicht kommen. Deshalb habe ich mehrere Fragen an die Basler Regierung erarbeitet.» Er erkundigt sich unter anderem danach, wie sich die Situation der jüdischen Bevölkerung in Basel in Bezug auf Sicherheit gestaltet oder inwiefern beim Kanton eine Sensibilisierung für eine zunehmende Bedrohung der jüdischen Bevölkerung in Basel besteht. Ferner fordert er eine differenzierte Diskussion in der Politik über den Unterschied zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus. Er fragt die Exekutive: «Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass Demonstrationen für Palästina respektive gegen Israel nicht zu Plattformen für antisemitische Parolen verkommen?» Aufgrund der aktuellen Situation erkundigt sich Urgese zudem nach dem Umgang der Regierung mit den Demonstrationen zum Nahostkonflikt.



## **Anspannung in Krisenzeiten**

Der Generalsekretär des Schweizerischen Israelischen Gemeindebunds, Jonathan Kreutner, äussert sich im Nachgang zur generellen Situation hinsichtlich der Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz wie folgt: «Stand jetzt haben wir keine Hinweise auf irgendwelche gravierenden Vorfälle in der Schweiz. Wir hoffen natürlich, dass das so weitergeht und die Lage weiterhin friedlich bleibt.» Insofern sei in der Schweiz derzeit keine weitere Erhöhung der Gefährdungslage erkennbar. Die Sicherheitsmassnahmen seien schon jetzt und seit Längerem auf einem erhöhten Niveau, so Kreutner. Hier würden sich keine nennenswerten Änderungen ergeben. Er merkt an: «Es ist sicher so, dass in Krisenzeiten wie aktuell alle Beteiligten nochmals etwas aufmerksamer sind, vor allem mit Blick auf die Geschehnisse in Deutschland.» Zum beschriebenen Vorfall in der Israelitischen Gemeinde Basel betont er, dass Gottesdienste zu Schabbat generell unter erhöhten Sicherheitsmassnahmen stattfänden: «Situationen wie am Samstagabend vor der IGB lösen Routinemassnahmen und -kontrollen aus. Leider ist das seit einigen Jahren Realität bei jüdischen Einrichtungen in der Schweiz und insbesondere bei Synagogen. Auch in Basel ist man aber derzeit sicher noch etwas aufmerksamer. Laut der Polizei haben sich aus der Kontrolle aber keine weiteren Ermittlungen ergeben.» Rückblickend kann zum aktuellen Zeitpunkt festgestellt werden, dass sich die in den Medien und im Netz publizierten Bedenken zurzeit glücklicherweise nicht bewahrheitet haben.

*Valerie Wendenburg*

---

[!\[\]\(dfbd6b3763a6d1d9afaa974f64e2e4b5\_img.jpg\) Twitter](#) [!\[\]\(b89ecf30df3dbaee65fa9f1829524a6e\_img.jpg\) Facebook](#) [!\[\]\(12caa8c16ee33cc266cee3a47dfba46b\_img.jpg\) E-Mail](#)

---

